

Rudolph Speth, HBS-Projekt

Interview Krämer

Frage

Als ich Ihr Papier gelesen habe, da ist faktisch alles so abgelaufen, wie Sie es beschrieben haben.

ANTWORT

Nicht ganz. Die Einschätzung der Situation und der Notwendigkeit oder Chancen, so was Neues aufzubauen, hat sich im Grundsatz bestätigt.

Im konkreten Verlauf ist natürlich einiges anders gegangen, als wir oder ich mir das vorgestellt hatten.

Insbesondere war die Rolle, die dieser Medien-Hype am Anfang gespielt hat, so nicht einkalkuliert. Das hat uns auch unter enormen Zeitdruck gesetzt, hat bestimmte Sachen schwieriger gemacht, andererseits dafür gesorgt, dass die Dynamik viel schneller kam und wir plötzlich einen Zulauf von Leuten in größerer Zahl hatten aufgrund dieser Presse-, Medienberichterstattung, auf den wir gar nicht vorbereitet waren.

Das ist anders gelaufen. So sind wir von einer Lage, auf die wir nicht vorbereitet waren, in die nächste gestolpert. Aber die grundsätzliche Richtung hat mehr oder weniger funktioniert.

Frage

Das haben Sie erstaunlicherweise durchgehalten. Oft ist es bei Gründungen nicht ganz einfach – siehe Grüne.

ANTWORT

Das Milieu, das wir ansprechen, ist natürlich ein anderes. Das ist sehr vielfältig. Es ist in Ostdeutschland, in Berlin anders als in weiten Regionen im Westen.

Wichtig war, dass die Kräfte, die es im Kern vorangetrieben haben, die die Texte formuliert haben, die die Vorstände gebildet waren, zum großen Teil Leute waren mit politischer Erfahrung – aus dem gewerkschaftlichen Bereich, teilweise auch aus dem links-intellektuellen Bereich – oder die in ihrer Biographie schon diverse politische Erfahrung in anderen Organisationen gemacht hatten. Ganz viele sind aus der Sozialdemokratie gekommen, auch welche, die bei der PDS, bei den Grünen, bei der Alternativen Liste aktiv gewesen sind, auch welche, die vor längerer Zeit in irgendwelchen anderen linken Gruppen gewesen sind, von Kommunisten bis zu trotzkistischen Gruppen, für die das aber einerseits lange zurücklag, die mittlerweile eine ganz andere Herangehensweise hatten als früher.

Wir haben natürlich teilweise auch Leute aus bestehenden trotzkistischen Kleingruppen. Eine davon ist anstrengend. Ich betrachte das aber nicht als das Hauptproblem. Es ist ein kleines Spektrum im ganzen Spiel.

Wir haben natürlich ganz viele Leute dabei, was ich auch manchmal als ein bisschen anstrengend empfinde, die noch nie in ihrem Leben Politik gemacht haben, die wirklich aus so einer Protestposition oder -haltung zur WASG gestoßen sind mit der Vorstellung, das ist eine andere Partei, die wollen was ganz anderes, wollen nicht so sein wie die anderen. Die haben das teilweise auch ein bisschen anders verstanden, als es gemeint war, und betonen diese Basisgeschichten teilweise auch auf eine sehr unpolitische und unrealistische Weise. Sie haben ein großes Problem damit, überhaupt Vorständen ihre Kompetenz zu lassen und zu geben, weil sie die Erfahrung nicht haben, dass bestimmte Sachen gar nicht anders gehen.

Frage

Aber im Kern wird die Geschichte doch von organisationserprobten, frustrationserprobten Gewerkschaftern getragen, die wissen, dass man auch mal durchs Dickicht muss, wenn man ein Ziel erreichen will.

ANTWORT

Das stimmt nur halb. Es stimmt vor allem für die Vorstände. Vor allem auf den überregionalen Ebenen ist das ein großer Anteil. Wir haben ja zwei Ursprungsinitiativen – ASG und Wahlalternative. Bei der ASG ist es stärker so, dass da insbesondere IG-Metall-Funktionäre eine zentrale Rolle spielen. Bei der Wahlalternative sind auch Gewerkschaftsfunktionäre, mehr aus dem ver.di-Bereich, aber auch stärker Leute, die eine politische Biographie haben, die bei politischen Zeitschriften aktiv gewesen sind, die in der PDS oder Sozialdemokratie aktiv gewesen sind. Das sind durchaus alles Leute, die Erfahrung haben.

Dass man sagen kann, die wissen genau, wie das geht, ist manchmal auch ein bisschen übertrieben.

Ich sehe bestimmte Probleme, die wir hatten oder haben in der Organisation. Ein Problem ist die aus meiner Sicht ungeeignete Herangehensweise bestimmter IG-Metall-Funktionäre, weil die nur ihre IG Metall kennen und ihren zentralistischen, durch Hauptamtliche geprägten Apparat. So eine Partei, gerade diese, funktioniert ganz anders. Da muss man viel mehr die Leute so mitnehmen, dass sie es freiwillig und aus eigenem Antrieb tun. Da ist ein viel größeres Bedürfnis nach Selbstorganisation und Selbstbestimmung. Man kann viel weniger als in der Gewerkschaft sagen, der Vorstand beschließt und dann wird das über die Struktur durchgestellt und so gemacht. Das läuft nicht so.

Frage

Sie favorisieren keine Gewerkschaftspartei, sondern sagen, die neue Partei muss breiter aufgestellt sein?

ANTWORT

Das auf jeden Fall. Gewerkschaftspartei hätte ja zwei Dimensionen, einerseits von der Struktur her. Gewerkschaften sind eher zentralistisch, zwar demokratisch aber doch ziemlich straff organisiert, um handlungs- und

kampffähig zu sein. Zweitens hat das auch eine gewisse inhaltliche Verengung auf den Bereich von Arbeit, Wirtschaft, Soziales.

Eine Partei kann keine Gewerkschaftspartei in dem Sinne sein. Die WASG ist auch nie eine gewesen. Gerade im Gefolge dieses Medien-Hypes, wo ganz viele Leute kamen, das waren zum großen Teil keine Gewerkschafter.

Das Problem besteht gerade darin, dass sehr viele Leute aus dem gewerkschaftlichen Spektrum, die aktiv sind, auch Funktionäre in der Gewerkschaft sind, viel zu wenig Zeit haben sich in die Parteiarbeit regelmäßig einzubringen. Dadurch ist der Anteil der aktiven Gewerkschafter an der Basis oft gar nicht so groß.

Frage

Viele sagen, *das ist eine Sozialstaatspartei*. Wäre das schon die notwenige Erweiterung? Oder muss diese neue Partei noch mehr bieten als jetzt?

ANTWORT

Ich habe nichts gegen den Begriff Sozialstaatspartei, weil er einen wesentlichen Gehalt formuliert. Aber er ist andererseits zu dünn und zu kurz gesprungen.

Eine Partei muss, wenn sie dauerhaft bestehen muss, das gesamte Spektrum der Fragen auch abdecken und sich damit beschäftigen. Der Anspruch war bei der Wahlalternative auch von Anfang an, auch das gesamte Spektrum von Gegenbewegungen zur herrschenden Politik, zum Neoliberalismus, zur Politik der herrschenden Klasse irgendwie zu sammeln. Das heißt von vornherein, auch die Positionen und Aktiven aus den Bereichen von Friedenbewegungen, Frauenbewegung, wo wir ganz besonders schwach sind, mit aufzunehmen, ein stückweit auch Ökologiebewegung, aber das hält sich real auch in Grenzen. Aber zur Friedensbewegung, Antirassismusbewegung usw. bestehen durchaus Kontakte.

Das ist alles noch sehr unentwickelt, aber auf die Dauer und natürlich auch im Programm zu berücksichtigen.

Das andere ist noch mit Sozialstaatspartei, wenn so was zu kurz greift, kann man sich natürlich auch nicht im Bereich Sozialstaat darauf beschränken zu sagen, wir wollen aber, dass alles irgendwie so bleibt wie es ist oder sogar wie es mal gewesen ist. Es geht auch darum den Sozialstaat zu reformieren. Klar ist eh, dass wir auch Reformvorschläge haben, wie er gesichert und sogar ausgebaut werden soll, aber natürlich nicht genauso wie er mal gewesen ist. Das ist ja Quark, dass er genauso sein würde, wie er in den 70ern war.

Andererseits reicht das natürlich nicht. Gerade die Probleme des Sozialstaats hängen aufs Engste mit den wirtschaftlichen Problemen, mit der Arbeitslosigkeit zusammen. Man wird das alles nicht wirklich in den Griff kriegen oder in eine bessere Entwicklung kommen, wenn wir die Beschäftigungssituation nicht verbessern.

Gerade für die Wahlalternative, das wird aber auch für die ASG gelten, ist der Ansatz eine andere Wirtschaftspolitik zu machen, ganz zentral. Das ist ein manchmal bisschen schwierigeres Thema, nicht so leicht eingängig, aber fast schon ein zentraler Punkt, im Bereich Wirtschaftspolitik eine andere Logik, andere Herangehensweise zu machen. Nachfrageorientierung, eine aktive Politik des Staates, öffentliche Investitionsprogramme, das ist vor allem der Bereich – natürlich nicht ganz zufällig –, in dem die Programmatik der WASG sehr nah an dem dran ist, was wir hier bei ver.di im Bereich Wirtschaftspolitik machen, sehr nah an dem, was die Memorandum-Gruppe macht, also Axel Troost & Co., wo es auch viele andere Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten gibt, was Oskar Lafontaine erzählt, also Nachfrage stärken und so. Das ist sehr wichtig.

Das hat auf der anderen Seite dann schon auch einen utopischen Überschuss, denn was sich da anschließt ist die Frage der Demokratisierung von Wirtschaft. Wir wollen hier keine explizit sozialistische Partei sein. Das grenzt viele aus,

damit wollen viele nichts zu tun haben. Aber wir sagen, wir wollen die Macht des Kapitals zurückdrängen und wollen Demokratie auch in der Wirtschaft ausweiten. Das hat natürlich eine Öffnung in antikapitalistische Sphären, die wir offen halten, wo wir aber sagen, damit müssen wir uns jetzt nicht weiter genauer beschäftigen, das steht sowieso in den nächsten Jahren nicht auf der Tagesordnung.

Frage

Aber diese ferneren Zielpunkte gibt es schon? Strategie hat ja was mit Zielen zu tun, die man hat oder entwickelt. Sie haben schon gestaffelte Ziele?

ANTWORT

Aber das sind Sachen, die vor dem Hintergrund der Kräfteverhältnisse in dieser Republik, in Europa, ein stückweit auch weltweit, erst mal ziemlich außer Reichweite sind.

Wir haben ein Problem damit, so ähnlich wie die PDS zu agieren. Teilweise hat es ja auch die SPD getan. Man schreibt irgendwo ins Programm was mit Sozialismus und ein paar Formulierungen, die Anklänge haben, ja, ja, ist was ganz anderes und Kapitalismus finden wir auf die Dauer nicht so toll, macht dann aber eine Politik, die damit überhaupt nichts zu tun hat.

Uns war ganz wichtig, dass unser Programm auch wirklich eine Orientierung ist, was wir politisch konkret fordern an Maßnahmen, an Reformpolitik. Es geht jetzt erst mal um Reformpolitik. Es ist auch so, dass es für ganz viele von uns damit auch erledigt ist. Das ist auch bewusst so.

Man braucht sich heute nicht über Fragen auseinanderzusetzen und aufzuspalten, die gar nicht anstehen. Wobei ich sagen würde, der Anteil derjenigen, die tatsächlich eine weitergehende sozialistische Zielvorstellung im Kopf haben, ist bei uns möglicherweise höher als bei den Parteien, bei denen Sozialismus noch im Programm steht.

Frage

Das bedeutet eine Doppelrolle. Die Wähler wollen irgendwie etwas ganz anderes, sind frustriert. Sie wollen eine Alternative zu den etablierten Parteien sein. Andererseits muss man konkrete Maßnahmen, Wirtschaftspolitik, umsetzen. Das heißt, Sie müssen einen Spagat machen.

ANTWORT

Ich glaube, ein Großteil, die protestieren und die benachteiligt sind, da sind sicher welche dabei, die sagen, *hau weg den Dreck*. Das sind aber nicht diejenigen, mit denen man politisch viel anfangen kann. Sondern es sind auch ganz viele, die wissen, wir sind ein reiches Land und es geht so nicht, dass die Verteilung immer ungerechter wird, dass ganz viele Leute arbeitslos sind und die anderen machen Überstunden ohne Ende.

Dieses, *wir brauchen Alternativen*, heißt bei den meisten schon, wir brauchen Alternativen im Sinne einer anderen Politik, einer anderen gesellschaftlichen Entwicklung, durchaus mit einem Rückbezug. Es lief doch mal besser, es ging doch mal besser.

Ich glaube, es ist eine Minderheit, die damit meinen, wir müssen zu einem Sozialismus, der etwas ganz anderes ist als Kapitalismus, vor allem weil man ja noch das unrühmliche Scheitern des real existenten irgendwo im Hinterkopf hat.

Aus unserer Sicht ist aber diese Alternativposition im Bereich Wirtschaftspolitik eine durchaus radikale. Wenn man sagt, man muss auch an die Umsetzung denken, heißt das für uns nicht, wir stellen Forderungen auf, dass es um Maßnahmen geht, wo wir meinen, o.k., *wir gehen mal ins Parlament, dann macht man mal eben Koalitionsverhandlungen und dann läuft das*.

Es geht schon um eine ganz andere Entwicklungsrichtung der Politik, wo ich – ehrlich gesagt – mir noch nicht mal für 2009 vorstellen kann, dass wir die politischen Kräfteverhältnisse so verändert hätten, dass das durchsetzbar ist.

Es geht wirklich um eine Veränderung von Kräfteverhältnissen, die sehr grundlegender Natur ist, die auch nur im Zusammenwirken veränderter parlamentarischer und parteipolitischer Konstellationen und veränderter Konstellationen im Bereich außerparlamentarischer Bewegungen, ideologischer Kräfteverhältnisse usw. geht.

Frage

Die verschiedenen Initiativen, die sich bilden, sind faktisch als Initialzündung, als Gegenreaktion gegen Schröders Agenda entstanden.

Wenn man es stärker aus Gewerkschaftsrichtung betrachtet, ist schon vorher der schleichende Entfremdungsprozess zur SPD zu beobachten. Gab es auch vorher schon Überlegungen, das Ganze mit Antritt von Schröder, von Rot-Grün anders zu machen, das Ganze in einer politischen Initiative zu bündeln, die sich dann zur Partei entwickelt?

ANTWORT

Nein, da war die Agenda-Geschichte und die Tatsache, dass sich dann mit einer gewissen Mühe am Anfang, aber dann doch – markiert durch die Demo am 1. November 2003 – breiterer Widerstand entwickelte, der sich auch in den Gewerkschaften abspielte, der Ausgangspunkt.

Das habe ich im Papier auch beschrieben. Es gab natürlich diese Entfremdung, starke Kritik schon früher. Gerade bei der Truppe Wahlalternative, auch bei mir persönlich, den Punkt, dass viele bei der Sozialdemokratie gewesen sind, aber schon zu früheren Zeiten ausgetreten sind. Ich selber bin 99 ausgetreten, als der Kosovo-Krieg war, aber vor allem, als Lafontaine wegging und Eichel kam und dann eine Wirtschafts- und Finanzpolitik eingeleitet wurde mit diesem Kürzungskurs, in der der weitere Kurs eigentlich vorprogrammiert war.

Aber ich habe auch damals schon mal versucht einen Ansatz zu machen, ob da nicht ein paar mehr sich bewegen ließen. Das war aber nicht so. Es war damals auch nicht die Lage, etwas Neues zu machen. Sondern damals war die

Perspektive, die mir am realistischsten erschien, o.k., wenn man sich die politische Landschaft anguckt, kann man sich eigentlich nur auf die PDS orientieren.

Frage

Wenn man aus der Ferne draufguckt, könnte man sagen, da steckt wirklich eine Strategie dahinter. Da entwickelt sich alles in eine bestimmte Richtung.

Ist diese Beobachtung richtig? Oder kann man nur Muster erkennen und die Wirklichkeit ist komplizierter? Gibt es eine erkennbare Strategie?

ANTWORT

Es gibt zumindest eine gemeinsame Klarheit der kleinen Gruppen, die das Ganze initiiert und vorangetrieben haben und das immer noch weitgehend anführen.

Die besteht ab Ende 2003/ Anfang 2004, als es losging, nämlich zu sagen: *Leute, wir wollen eine neue soziale alternative Partei aufbauen und halten die bestehenden Parteien, inklusive der PDS, nicht für geeignet, diese Funktion zu übernehmen.* Das ist die Perspektive. Das wird in den Schritten versucht, die notwendig sind, um das aufzubauen.

Was dann im Einzelnen passiert, muss man im Einzelnen drauf reagieren. Dass wir jetzt hoppla-die-hopp diese Bündnisgeschichte mit der PDS in der Form haben, ist dadurch erzwungen worden, dass wir alle nach der NRW-Wahl vor dem Fernseher saßen und plötzlich Müntefering erzählt, *hallo, im September wird gewählt.* Das war so auch nicht geplant.

Frage

Strategie ist mit längerfristiger Zielsetzung verbunden. Plötzlich befinden Sie sich in taktischen Manövern oder erzwungenen Diskussionen, wie man überhaupt bei der Wahl antreten kann. Das heißt, da setzt sich eine bestimmte Parteilogik, auch parlamentarische Logik durch.

ANTWORT

Schlimmer noch. In Deutschland ist das Bundeswahlgesetz für uns ein Riesenproblem. Ich finde es auch demokratiemäßig fast schon schwierig, weil es uns jetzt genötigt hat, uns in einer Weise auf die PDS mit ihren offenen Listen einzulassen, wo wir denen zwar bestimmte Sachen abringen konnten, aber das ist natürlich nicht das, was wir wollten.

Wir merken auch in einer Reihe von Situationen, dass wir da doch am kürzeren Hebel sitzen. Wir haben die Sache nicht in der Hand. Die PDS stellt die Listen auf, bestimmt letztlich das Personal. Da kann man versuchen Gespräche zu führen und da können Leute von uns kandidieren, aber es wird da nicht wirklich entschieden.

Dasselbe gilt auf der programmatischen Ebene. Darum ist für uns auch wichtig, den Aufbau der eigenständigen Organisation weiter zu betreiben.

Es gibt dann ja die Perspektive, in den nächsten zwei Jahren überhaupt zu einer Gründung einer neuen gemeinsamen Partei, wie auch immer das dann formal abläuft, zu kommen. Das wird schon noch ein komplizierter Prozess, wo man auch keine Garantien dafür abgeben kann.

Frage

Sie sagen, in einer längerfristigen Perspektive ist es wichtig, sich von der PDS zu emanzipieren oder so stark zu werden, dass man selber was zu sagen hat?

ANTWORT

Wir müssen im Prozess der nächsten zwei Jahre – oder wie lange es auch dauert – so stark werden, dass das, was dann neu entsteht, entstehen soll, wirklich was Neues ist.

Das Problem beim jetzigen Wahlantritt ist, es hat einen veränderten Namen und wir haben bestimmte Einflussmöglichkeiten, aber es ist in der Substanz doch noch relativ überwiegend PDS.

Das heißt gar nicht, dass es sozialistischer oder linker wäre. Es ist vor allem *ostiger*. Das ist auch inhaltlich gemeint.

Die haben doch eine ganz andere Herangehensweise. Wir haben stärker die Herangehensweise, uns unter den gegebenen Kräfteverhältnissen und auch mittelfristig als Opposition zu verstehen und zu sagen, *wir müssen und wollen jetzt gar nicht regieren. Da kann man im Moment sowieso nur mehr falsch als richtig machen. Sondern wir wollen Kräfte sammeln und wollen Druck entwickeln und mobilisieren und wollen in dem Zusammenspiel außerparlamentarisch und parteipolitisch die Bedingungen schaffen, um eine andere Politik durchsetzen zu können.*

Die PDS hat stärker den Ansatz: Wir haben hier tausende Bürgermeister. Wir sind in zwei Landesregierungen. Wir müssen gucken, wie wir unter den gegebenen Bedingungen, inklusive gegebener Rechtslage im Einzelnen was machen können.

Da kommen dann eben oft Politiken raus, wo wir sagen, das wollen wir nicht. Das verhindert eher, dass wir eine einigermaßen konsistente Opposicionsmobilisierung hinkriegen.

Frage

Strategie ist aber auch immer mit Organisationsfragen verbunden. Die Wahlalternative und die ASG sind ja Gründungen von oben. Das sind wenige Leute. Die PDS ist vor Ort. Da haben Sie doch ungeheure Defizite. Sie müssen der gewachsenen Organisationsmacht der PDS, die seit 40 Jahren geschult ist, was entgegensetzen.

ANTWORT

An diese großartige Schulung von 40 Jahren würde ich doch eine Menge Fragezeichen dran machen, weil die meisten, die die PDS bilden, nicht die sind, die vor 40 Jahren da schon das große Wort geführt haben.

Da ist einfach ein großes Übergewicht der PDS auf der Ebene. Da hängt auch ganz viel an materieller Infrastruktur dran, an hauptamtlichen Stellen, an Büros, an Personal, Geld. All das haben wir ja kaum.

Wir haben uns mit dem Landtagswahlkampf in NRW schon ziemlich verausgabt, obwohl er ein Bruchteil dessen gekostet hat, was andere Parteien gemacht haben. Wir haben anderthalb Hauptamtliche republikweit. Es ist alles gewissermaßen ein Witz. Es würde auch noch ein paar Jahre dauern, bis es ein bisschen mehr wird durch Wahlkampfkostenerstattung und durch wachsende Mitgliederzahlen.

Aber wir haben auch schon eine Basis, die selber drängt und drückt und die noch sehr viel sperriger ist in dieser Kooperation mit der PDS als die Führungsgruppen, die da mehr strategischer und politischer rangehen und das vielleicht auch ein bisschen taktisch handeln können. Es ist auch immer ein Vermittlungsprozess in der Organisation.

Frage

Ein ganz schlechtes Szenario könnte sein, die PDS schafft es, sich auf Ihre Kosten im Westen auszudehnen.

ANTWORT

Es kann sein, dass sie es versuchen. Der Vorteil, den wir haben, ist, dass im Westen schon jetzt nach einem halben Jahr die WASG mitgliedermäßig mindestens doppelt so stark ist wie die PDS.

NRW hatte ein stückweit auch die Funktion, von beiden Seiten immer zu zeigen, wie sind hier die Bataillone und die Potenzen auch Wählerzustimmung zu mobilisieren. Trotz wesentlich höherem Aufwand hat die PDS da 0,9 und wir haben 2,2 hingelegt. Wir sind also im Westen deutlich stärker.

Wir haben jetzt etwa 8.000 Mitglieder. Es wächst, es kommen jede Woche ungefähr hundert dazu.

Frage

Sie haben gesagt, dass es in den Führungszielen schon strategische Überlegungen und Potentiale gibt. Braucht die Wahlalternative ein strategisches Zentrum? Gibt es so etwas überhaupt? Oder ist es vermassen für eine so junge Partei?

ANTWORT

Bei der WASG würde ich sogar sagen, sie ist eigentlich von diesen strategischen Zentren ausgegangen. Das ist ja eine bewusste Gründung, auch in einer anderen Weise und in einem anderen Tempo als das bei den Grünen gelaufen ist. Da wurde in einem Kreis von Leuten, die sich teilweise auch schon lange kannten festgestellt, *Leute, wir haben jetzt eine politische Lage, da muss dies und jenes passieren. Lasst uns das mal diskutieren. Seht ihr das auch so? Wie sehen das andere Leute?* Irgendwann wurde entschieden, *wir müssen das jetzt machen, wir müssen jetzt eine neue Partei machen.*

Das hat besser funktioniert als man hoffen konnte.

Frage

Es gibt also diese strategischen Zentren noch?

ANTWORT

Ja, davon sind einige Leute im Bundesvorstand. Davon gibt es ein gewisses Umfeld, zu dem ich gehöre und ein paar Leute aus dem gewerkschaftlichen Bereich. Da gehören aber auch Leute aus dem Bereich der Zeitschrift *Sozialismus* dazu. Es gibt Leute im Bereich der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es gibt ein linkes, strategisch diskutierendes Milieu gewissermaßen.

Frage

Wie viele Leute sind das ungefähr?

ANTWORT

Ein paar Zg. Aber die haben das natürlich nicht in dem Sinne im Griff. Das geht

ja nicht. Es ist ja eine demokratische Organisation, wahrscheinlich eine viel anstrengendere und unkontrollierbarere demokratische Organisation als die etablierten Parteien.

Frage

Aber die strategischen Zentren versuchen doch zu steuern, versuchen einen Weg aufzuzeigen und Ziele und Schritte zu formulieren, wie man da hinkommt?

ANTWORT

Ja, ja, natürlich. Es hat ja Diskussionen gegeben. Nachdem diese Wahlsituation eingetreten ist, hatten wir zunächst die Orientierung zu versuchen, wir wollen eine neue Wahlpartei gründen. Das hat sich dann leider unter verschiedenen Aspekten als nicht machbar herausgestellt. Da gab es schon Diskussionen, o.k., *man muss sich dann also auf so einen Prozess einlassen*.

Aber man darf sich das nicht so vorstellen, dass sich dann ein Kern von ein paar zig Leuten dann mal irgendwo trifft und die Tür zumacht und diskutiert. So läuft das überhaupt nicht.

Es sind wirklich gewissermaßen Diskurse, wo auch von außen eingewirkt wird, aus dem linken Umfeld und über verschiedene Kanäle.

Im gewerkschaftlichen Bereich gibt es ganz viele, die sich bisher weder für die PDS noch für die WASG irgendwo aus dem Fenster gehängt haben, oder auch noch in der SPD sind oder gewesen sind oder nie in einer Partei waren, die gesagt haben, *Leute, jetzt müsst ihr da nicht irgendwie rumzicken, sondern ihr müsst euch einigen*.

Es gibt z.B. in der Memorandum-Gruppe, wo der Axel Troost herkommt, in diesem linken Wissenschaftlerbereich, dasselbe gilt für die linken Intellektuellen, die mit der Luxemburg-Stiftung zu tun haben, da gab es diverse Aufrufe, ganz viele, die genau das sagen, die teilweise auch gar nicht um die

realen Schwierigkeiten und Widersprüche wissen, die einfach sagen, *Leute, egal, ihr müsst jetzt irgendwie zu Potte kommen*. Das hat ja auch eine Wirkung.

Frage

Besteht die wesentliche Aufgabe des strategischen Zentrums darin, Diskurse zu organisieren, Begriffe zu besetzen und eine gemeinsame Sichtweise zu erzeugen durch Führungsfähigkeit oder Kommunikation?

ANTWORT

Das sind in diesem Fall keine großartigen gesellschaftlichen Diskurse. Da erzählen eher Leute wie Lafontaine was, was dann viel in die breite Öffentlichkeit wirkungsmächtiger ist, aber manchmal nicht unbedingt viel mit dem zu tun hat, was wir diskutiert haben oder diskutieren. Der macht eh, was er will.

Es geht da eher um die innerparteilichen Diskurse, wo viel über Email und die Newsletter abläuft.

Aus meiner Sicht sollte es so sein wie Sie sagten, aber es gibt gerade da viele Defizite. Die Kommunikationsfähigkeit des Bundesvorstands habe ich oft kritisiert als sehr ungenügend. Die sind oft so überfordert mit dem ganzen Tageskram, alle übrigens ehrenamtlich, dass das viel zu wenig läuft.

Frage

Strategiefähigkeit ja, aber eingeschränkt, weil eben die Kommunikationsinstrumente oder das Potential an Arbeitskräften nicht zur Verfügung steht? Oder müsste man noch mehr mit einbeziehen, um Strategiefähigkeit zu erhöhen?

ANTWORT

Ich weiß nicht, ob es das so trifft.

Es gibt dieses seit fast zwei Jahren definierte Ziel. Es geht immer darum: Wie können wir unter den Bedingungen, die sich dann entwickeln, damit umgehen

und das tun? Dann passieren im Einzelnen Sachen, wo sich einfach die Situation so entwickelt, dass man das dann machen muss.

Das wird auch die Einschätzungen und Positionen von Leuten verändern, weil sich die Lage ändert.

Beispiel: Treten wir in NRW zur Landtagswahl an? Oder ist es zu früh, zu teuer?

Irgendwann war der Punkt zu sagen, wir müssen das machen. Wir kommen nicht über die Zeit bis 2006, wenn wir hier nicht demonstrieren, es gibt uns und wir haben ein gewisses Potential.

Es mangelt weniger an der Strategie. Manchmal gibt es wirklich große Defizite in der Kommunikation und in der Umsetzung. Andererseits klappt es dann oft im Ergebnis wiederum besser als man befürchten konnte.

Die Parteitage – zumindest auf Bundesebene – haben sich dann in ihrer großen Mehrheit dann doch als ziemlich rationale Veranstaltungen erwiesen, auch erstaunlich disziplinierte Veranstaltungen, wo die Leute auch bereit gewesen sind, da Anträge durchzuackern.

Da hatte ich eher manchmal das Problem, *ist das jetzt echt seriös, dass wir jetzt 30 Anträge mit jeweils einem Pro, einem Kontra diskutieren*, wo ich sagen würde, dass ein Großteil der Anwesenden nicht wirklich weiß, worüber er da von der Sache her abstimmt. Das sind ja teilweise komplizierte Fragen.

Bisher ist es eigentlich aber ganz gut gelaufen.

Frage

In Ihrem Papier haben Sie es so ausgedrückt: Wir wollen keine große Sozialismusdiskussion, keine große Theoriediskussion, sondern wir wollen eine politische Kraft werden, auch unter Einbeziehung von Führungsfiguren: Lafontaine, Gysi.

ANTWORT

Weil die Mediendemokratie das ein stückweit so konstruiert. Ich finde das nicht so besonders toll. Ich hatte bei den beiden Personen gesagt, dass das eine riskante Veranstaltung ist.

Die lassen sich sehr wenig einbinden. Wir hatten in den letzten Wochen z.B. das Problem, das war absurd: Da erzählt Oskar irgendwelches Zeug, wo der überwiegende Teil der Partei sagt, das sind Wörter, die man lieber nicht nehmen sollte, weil sie problematisch sind. Aber der lässt sich da nicht abhalten.

Es kommt dann eine Diskussion rüber, als wäre die Position der WASG in diesen Fragen ungeklärt, was grober Unsinn ist.

Oder es gibt Diskussionen aus dem PDS-Spektrum, es gibt ja viele Übereinstimmungen im Wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich, aber da muss man auch mit solchen Problemen umgehen können. Die Realität ist eigentlich eine andere.

Zwischen den Parteien liegen die tatsächlichen Differenzen gar nicht in diesen Fragen. Da ist die Übereinstimmung wahrscheinlich wesentlich größer als bei bestimmten Fragen der Wirtschaftspolitik und der Arbeitsmarktpolitik. Da sind viel härtere Differenzen. Das sind dann eher fachliche Fragen, die medienmäßig nicht reflektiert werden und keinen interessieren.

Frage

Gysi und Lafontaine nehmen Sie in Kauf, um auf sich aufmerksam zu machen?

ANTWORT

Nehmen in Kauf ist auch wieder zu negativ ausgedrückt.

Ich habe mich auch teilweise auch geärgert, dass sich Oskar da nicht mal eher klarer geäußert hat, und es hatte auch einen nützlichen Effekt, dass da so ein gewisser Druck ausgeübt wurde, als klar war, das bringt für die Öffentlichkeit

und für die Wahlchancen ganz viel und auch für das Präsentieren einer Alternative nach außen. Es geht nicht nur um in Kauf nehmen.

Man muss aufpassen, dass man das noch irgendwie ein bisschen eingebunden hält. Das ist eine Übergangsgeschichte. Die beiden werden ja nicht die nächsten 15 oder 20 Jahre den Laden verändern.

Frage

Vielleicht ist es doch ein Schritt zu einer Partei neuen Typs. Stichwort Linkspopulismus. Die Grünen haben sich schwer getan mit Führungspersonen.

ANTWORT

Das ist mir nicht mehr so aufgefallen. Fischer scheint da sehr unumschränkt den König zu geben.

Frage

Aber sie haben ihn nicht als Parteivorsitzenden gewählt.

ANTWORT

Oskar hat bei uns überhaupt keine Funktion.

Frage

Kann es ein neuer Weg aufgrund von Mediengesetzlichkeiten sein, dass man sich an bestimmte Dinge anpassen muss?

ANTWORT

Ich weiß nicht, ob das nun gerade das Neue ist. Das hat jetzt zwei Dimensionen.

Wie weit ist die Ansprache und das, woran man appelliert ein stückweit populistisch. In dem Papier steht mehr *populär*, das ist mir fast lieber, aber man kann von mir aus auch über linken Populismus reden.

Die Frage ist, inwieweit ist das notwendigerweise damit verbunden, ein, zwei Führungspersonen zu haben, die das umsetzen. Da gibt es in der WASG, sogar stärker als in anderen Parteien, große Vorbehalte, sich von irgendwelchen Oberhäuptlingen den Weg sagen lassen zu müssen.

Man braucht natürlich in so einer Mediengesellschaft Leute, die auch das entsprechend können, aber das ist nicht das Neue.

Das Neue ist eher, hoffe ich, überhaupt eine linke Kraft hinzustellen, die versucht einen populären Diskurs zu führen, die sich nicht nur darauf beschränkt, sich in irgendwelchen Theoriezeitschriften oder mit irgendwelchen Publikationen á la Bleiwüste und wilden linksradikalen Sprüchen darzustellen, sondern die versucht die Nöte und Probleme sehr direkt anzusprechen und aufzugreifen.

Frage

Was bedeutet das für den Wahlkampf? Wie führen Sie den? Haben Sie bestimmte Leute, die sagen, wir müssen das grafisch, inszenierungsmäßig, auch von der Wortwahl her bestimmte Angebote machen? Nähern Sie sich den Standards der anderen Parteien an? Oder läuft das eher naturwüchsig?

ANTWORT

Das Problem ist eher ein anderes.

Aufgrund der Situation, dass wir ja jetzt auf den Listen der Linkspartei PDS antreten, wollen wir zwar einen eigenständigen Wahlkampfbeitrag als WASG machen, aber der wird ziemlich im Hintergrund sein.

Die Frage, wie wir Sachen auf Plakaten grafisch umsetzen, wird sich kaum stellen. Es wird gar keine WASG-Plakate geben, denn die WASG tritt ja nicht an.

Wir haben auch, um *just for fun* mal eben ein paar hunderttausend Plakate zu drucken, kein Geld.

Das heißt, wir werden versuchen einen gewissen Einfluss zu nehmen, sicherlich informell beteiligt werden, was Wahlkampfführung der Linkspartei PDS angeht, aber unsere eigenen Möglichkeiten sind da beschränkt.

Wir werden das tun, was wir machen können. Wir werden Stände machen, wo wir mit eigenem Material arbeiten, wo die eigenen Leute da stehen und mit den Menschen diskutieren, um auch zu erläutern, warum die WASG mit der PDS zusammenarbeitet.

Das Material, was wir in großer Masse gedruckt haben, ist das. Das ist eigentlich eine Populärversion unseres Gründungsprogramms, was wir einfach auch aus Zeitgründen benutzen. Wir haben ein Wahlmanifest beschlossen und das auch noch mal als inhaltliche Grundlage für diese Wahlen beschlossen. Da haben wir jetzt ein paar hunderttausend Stück von gedruckt.

Da versuchen wir so zu schreiben, dass Otto Normalverbraucher das auch versteht und dass die Botschaften rüberkommen.

Frage

Spielt bei den langfristigen Überlegungen auch eine Rolle, stärker auf die SPD einzuwirken?

ANTWORT

Ja, fragt sich nur in welcher Weise. Da gibt es schon wieder unterschiedliche Auffassungen. Alles was ich sage, ist meine persönliche Sicht der Dinge.

Klar ist, wenn wir das ernst meinen, dass wir die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse verändern wollen, dass es darum geht, die tatsächlich stattfindende Politik zu verändern, dass natürlich die Möglichkeiten im Endeffekt da am größten sind, wenn man eine andere Regierungskoalition hat, in der man sich eventuell auch einbringen kann.

Die Frage ist, unter was für Bedingungen und in was für einem zeitlichen Horizont.

Das hängt wieder davon ab, wie man auch die gegenwärtige Situation und die Entwicklungstendenzen da einschätzt.

Im Moment sehe ich für die kommende Periode, nehme aber auch an, es wird 2009 noch so sein, dass sich diese Frage noch nicht stellen wird, sondern dass es erst mal darauf ankommt, überhaupt links wieder einen Pol zu setzen und eine Opposition zu formieren und damit Einfluss zu nehmen.

Da finden wir uns ein stückweit auch durch die Entwicklung der letzten Zeit bestätigt. Ich denke schon, dass die Existenz der WASG und die Perspektive, die das hat, und jetzt der Linkspartei als Bündnis, die um zehn Prozent gehandelt wird, natürlich eine Menge damit zu tun hat, dass die SPD jetzt wieder in die soziale und linke Richtung Signale setzt.

Frage

Es wäre ja eine Möglichkeit, wenn die Linkspartei zehn Prozent gewinnt, es gibt eine große Koalition, die SPD ist wieder mit dabei, da wäre die einzige Chance, dass die SPD bestimmte Dinge macht, die aus diesem linken Pool gutgeheißen werden. Sie muss ja nicht 100 % umsetzen. Selbst wenn sie zehn oder 20 % umsetzt, ist es besser als gar nichts.

ANTWORT

Meine strategische Vorstellung wäre in der Richtung eher die: Ich fände eine große Koalition eigentlich ganz gut unter zwei Aspekten: Erstens ist die SPD natürlich schon unter einem etwas größeren Druck als die CDU, dann vielleicht doch noch dafür zu sorgen, dass bestimmte radikale neoliberale Positionen, wie sie vor allem die FDP vertritt, nicht umgesetzt werden, also dass vielleicht in bestimmten Punkten das Schlimmste verhindert wird, bei Tarifrecht und so.

Andererseits wird sie dann natürlich eine groß-koalitionäre Politik mitmachen und es wird auf dem linken Feld daneben viel Platz sein. Es ist also eine Konstellation, die einerseits druckanfällig ist und wo vielleicht schlimmste

Sachen verhindert werden, andererseits die Linke, also wir, stärker werden können.

Das Risiko ist natürlich, dass so eine große Koalition so eine breite Mehrheit hat, dass die vielleicht doch ziemlich üble Sachen durchziehen können, sogar grundgesetzändernde Mehrheiten haben. Das ist schon auch alles riskant und problematisch.

Aber die positive Perspektive könnte sein, dass auch innerhalb der SPD sich die Konflikte erweitern und irgendwann mal eine Situation kommt, wo in der SPD wiederum Strategiewechsel stattfindet und gesagt wird, wir müssen raus aus dieser großen Koalition, das hat sich erschöpft. Wir brauchen jetzt die Perspektive einer sozialdemokratischen Politik und müssen uns öffnen nach links.

Aber wir sollten uns darauf nur einlassen, wenn das wirklich zu einer substantiellen Linkswendung der realen Politik führt.

Frage

Es passt ins Konzept von IG Metall und Peters. Die haben länger Entfremdung zwischen SPD und Gewerkschaften festgestellt. Es gab die Vorstellung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu kooperieren.

ANTWORT

Es gab auch bei ver.di solche Diskussionen, etwa den Perspektivenkongress.

Frage

Mit Attac ist eine Geschichte, aber das ist auch nichts, wo so eine Organisationsmacht wie die Gewerkschaften zusammen was machen können.

Wäre es eine Möglichkeit, wenn sich die Gewerkschaften eine Kraft schaffen könnten, die ins Parlament und in die Gesellschaft reinwirkt, und so neues Image, neues Terrain in Politik und Gesellschaft gewinnen können?

ANTWORT

Man muss da aufpassen. Es ist auch in der Realität so, dass die Gewerkschaften selber ein sehr breiter, auch politisch gesehen differenzierter und vielfältiger Laden sind. Man kann an der Stelle nicht von *die* Gewerkschaften sprechen.

Nur wir werden in die Lage kommen, dass die Linkspartei- oder WASG-Leute in den Gewerkschaften, das ist jetzt schon der Fall, gleichberechtigt und akzeptiert da arbeiten und auch ihre Positionen zur Geltung bringen können. Eigentlich erweitert es die Möglichkeit für Gewerkschaften, im politischen Feld Einfluss zu nehmen.

Sie waren jetzt teilweise immer auf der Lobbyebene an die SPD gekoppelt. Im Endeffekt konnten sie, wenn sie da verarscht wurden, nichts machen. Das Druck-, das Drohpotential ist vielleicht ein bisschen größer, weil man hat ja die Linkspartei noch in der Hinterhand. Aus gewerkschaftlicher Sicht finde ich das eine interessantere Situation als bisher.

Ein Gedanke im Papier war: Wenn wir es nicht hinkriegen, dass es eine aussichtsreiche linke Alternative gibt für die Bundestagswahl, dann ist zu befürchten, dass die Gewerkschaftsführungen dann doch wieder auf *kleineres Übel wählen* machen, weil es eben schon noch Punkte gibt, wo es schlimmer werden könnte.

Ein Knackpunkt ist dabei das Tarifrecht. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Mitbestimmung, wo ja auch viele Leute dran hängen.

Aber das wird auch innerhalb der Gewerkschaften sehr unterschiedlich gesehen. Man muss sagen, dass die Kraft, die in den Gewerkschaften im Funktionärsbereich immer noch die stärkste Verankerung und den größten Einfluss hat, natürlich weiterhin die Sozialdemokratie ist. Es gibt aber zum Glück traditionell viele sozialdemokratische Gewerkschafterinnen und

Gewerkschafter, die in erster Linie Gewerkschafter und in zweiter Linie SPD-Mitglieder sind. Mit denen gibt es kein Problem.

Aber es gibt leider auch Leute, wo ich sagen würde, denen geht ihre Parteiloyalität über ihre gewerkschaftspolitische Orientierung. Das sind Leute, mit denen ich ein Problem habe.

Frage

Franz Walter hat gesagt, für die SPD ist es ein Glücksfall, dass es so was wie eine Linkspartei gibt, *wir müssten die eigentlich finanzieren*, weil man damit in gewisser Weise wieder punkten kann. Nur mit einer Linkspartei kommen sie in der gegenwärtigen Konstellation in die große Koalition. Ansonsten hätten die gar keine Chance.

ANTWORT

Nur mit der Linkspartei haben sie irgendwann auch mal wieder die Chance, eben in einer anderen Koalition Mehrheiten zu bilden.

Aber die SPD braucht wahrscheinlich eine Reihe von Jahren, um sich damit abzufinden, was das andererseits auch bedeutet, nämlich dass sie dauerhaft den Anspruch verloren hat, *die große linke Partei* zu sein mit der Orientierung auf 40 % oder so was, sondern dann heißt es sich auf die Dauer darauf einzustellen, bestenfalls bei 30 zu sein.

Frage

Besteht nicht auch die Gefahr wie in Italien, dass sich die Linke zerlegt, ebenso Frankreich.

ANTWORT

Trotzdem haben sie es in Frankreich hingekriegt, erst mal die EU-Verfassung zu stoppen.

Trotz allem ist die Linke in Frankreich gesellschaftlich deutlich stärker als in Deutschland.

Frage

Gesellschaftlich, weil natürlich auch der Gaullismus eine bestimmte nationale Politik macht...

ANTWORT

Links und national würde ich nicht unbedingt identisch sehen.

Frage

Nicht im Negativsinn, sondern einfach Schutz von bestimmten Standards, Schutz Sozialmodell, nicht im ideologischen Sinne.

Es besteht doch ein Problem. Nehmen wir an, Linkspartei kommt rein. Es gibt die SPD, die Grünen und immer noch eine stark dominierende PDS.

ANTWORT

Es gibt ja keine PDS neben der Linkspartei.

Frage

Kann man aus dem perspektivisch so etwas wie ein Regierungsbündnis schmieden?

ANTWORT

Längerfristig kann ich es mir vorstellen. Es gibt ja jetzt so einen Doppelbeschluss, erstens antreten auf den Listen der Linkspartei, zweitens in den nächsten Jahren ein Verhandlungsprozess, um zu gucken, ob man wirklich zu einer Neugründung der Linken in Deutschland kommt aus PDS, WASG u.a. Kräften, die sich bisher nicht aufraffen können, mit starken Verbindungen in allen Bewegungen.

Das wäre schon das Ziel, dass das gelingen soll und dass das wirklich eine neue Qualität sein soll, eben nicht nur eine gewisse Erweiterung der PDS sein darf.

Wenn das gelänge, wäre das keine Zersplitterung der Linken, sondern es wäre seit langer Zeit erstmals wieder eine ernstzunehmende und gleichzeitig auch Kohäsionskräfte ausübende linke Kraft überhaupt vorhanden. Das wäre eine Situation, wo irgendwelche Absplitterungen der SPD nicht im Nirvana landen, sondern was hätten, wo sie landen können und kräftepolitisch nicht verloren gehen.

Wie die SPD dann damit klarkommt und umgeht, das muss sie erst mal selber wissen. Ich glaube, dass die Chance, dass die SPD sich auf einer irgendwie halblinken Fahrt ein bisschen stabilisiert, auch davon abhängt oder viel damit zu tun hat, dass da auf der linken Seite auch eine Konkurrenz ist.

Ob das zu einer Koalitionskonstellation kommen kann, kann ich mir längerfristig vorstellen. Das würde aus meiner Sicht aber erfordern, dass die SPD dann tatsächlich auch einen gewissen Kurswechsel vollzieht und sich von einer Politik, für die Clement, Schröder und Konsorten stehen, verabschiedet. Wobei das ja dann immer so läuft, dass die nicht sagen, das war schlecht, sondern es wird ja immer versucht, alles in irgendeiner Kontinuität zu sehen.

Aber das ist auch alles Kaffeesatzleserei. Wer weiß, wie die Welt in fünf Jahren aussieht? Wer weiß, wie die Linkspartei und wie wir in fünf Jahren aussehen?

Frage

Was ist das nächste Ziel? Ich würde vermuten, Sie müssen sich als WASG sehr stark behaupten, damit sie nicht gegenüber der PDS untergehen.

ANTWORT

Das ist ja dieser Prozess der nächsten Jahre, wo ich hoffe, dass wir zu einem positiven Ergebnis kommen, wo ich sagen würde, man muss notfalls auch bereit sein zu sagen, es geht eben nicht, oder, wir brauchen noch länger.

Da ist es aber so, dass natürlich innerhalb der PDS selber auch ein gewisses Spektrum da ist und dass durch die Verbreiterung, durch die wesentlich größere

Rolle, die der Westen und die gewerkschaftliche und westliche Linke in so einer Gesamtkonstellation spielt, ich da schon eine Chance sehe. Aber das wird schon nicht so einfach. Da muss man auch mit einem gewissen Geschick und einer gewissen Konsequenz und Härte diskutieren, um da nicht eingemacht zu werden. Das ist sicherlich eine wichtige Aufgabe der nächsten Zeit.

Aber wenn wir schon über Strategie reden und das wirklich längerfristig sehen, ist für mich eigentlich vor dieser Frage, *gibt es irgendwann etwas, was nicht mehr Kapitalismus ist und wie sieht das aus und was kann das alles sein*, was nicht so einfach ist, da ist die Frage vorher, die erst mal die Bedingung dafür wäre, überhaupt so was wie eine – traditionell würde man vielleicht sagen – Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung wieder herzustellen, also einen gewissen Zusammenhang großer Teile der Bevölkerung, die eben lohnabhängig sind, die sich auf Gewerkschaften, die sich auf Parteien und insbesondere linke Parteien als Organisation orientieren und die in der Lage sind, Interessen der unteren Hälfte oder zwei Dritteln der Bevölkerung in einer halbwegs kohärenten Weise irgendwie politisch zur Geltung zu bringen und so was wie eine Klasse zu formieren in einem sehr allgemeinen Sinn.

Ich stelle es mir sicherlich nicht so vor, wie es vor 150 Jahren gewesen ist, aber das fehlt ein Stückweit.

Frage

Das ist aber ein hoher Anspruch. Es gibt ja nicht mehr diese kohärenten Milieus. Wir haben die Individualisierung. Wir haben die gewaltige Macht der Medien usw., die ja alle in eine andere Richtung arbeiten.

ANTWORT

Ich weiß auch gar nicht, ob es wirklich geht. Aber ich habe auch nicht die Form von Kohärenz vor Augen, die es früher gegeben hat, wobei das früher ja auch nie so der Fall war. Die Klasse der Lohnabhängigen war ja immer sehr differenziert.

Frage

Der Kern waren ja Meister, Handwerker, nicht das Subproletariat. Der Kern war immer die selbstbewusste Handwerkerschaft, aus der heraus die Elite der Arbeiterschaft gewachsen ist.

ANTWORT

Es gibt eine große Vielfalt an Milieus. Das Problem ist ein bisschen, dass die Linke in den letzten Jahrzehnten, gerade auf dem Bereich der ökonomischen Politik völlig ins Hintertreffen geraten ist und wir eine ungeheure Hegemonie kapitalorientierter Politik im ökonomischen Bereich haben, wogegen ja ursprünglich die Gewerkschaftsbewegung oder die Arbeiterbewegung in einer anderen Situation war. Sie formierte sich auf Grundlage einer Gegenposition in Sachen Wirtschaft und Soziales. Und die Herrschaft der Bürgerlichen beruhte eher auf anderen Apparaten in kulturellen, Kirchen- usw. Bereichen. Das hat sich ja fast umgekehrt, dass links jetzt manchmal in den letzten Jahrzehnten so definiert wurde, das ist jetzt bürgerbewegt und grünlich und weiß ich nicht.

Wir müssen hinkriegen, dass sich die Linke, die soziale Arbeiterbewegung vor allem wieder auf eine Alternative im ökonomischen Bereich stützt und damit hegemoniefähig wird. Das heißt aus meiner Sicht, dass sie auch ein breites Spektrum an Milieus, Lebensweisen und Kulturen dadurch verbindet, dass sie gemeinsame, im weitesten Sinne soziale Klasseninteressen zum Ausdruck bringt und ein stückweit den Klassengegensatz im Sinne einer Gegenposition zur Politik der Herrschenden zum formierenden Gesichtspunkt macht. Das ist dann ziemlich breit.